

Der Bürger, Merkels Freund und Helfer

Was die Politiker von den Protestierenden – nicht nur in Stuttgart – lernen könnten. Wenn sie denn wollten. Ein Essay

Von Stephan Hebel

In diesem bewegten Herbst sprach Angela Merkel unter anderem beim Landestag der *Jungen Union Mecklenburg-Vorpommern*. »Wenn man nur an sich denkt und nicht an kommende Generationen«, rief die Bundeskanzlerin, dann »ist das ein Problem für unser Land.«

Wen sie wohl meinte? Die Stromkonzerne, die mit tätiger Hilfe der Regierung noch länger an alten Atomkraftwerken verdienen sollen? Nein, Angela Merkel sprach über den Protest gegen das Bahn-Großprojekt »Stuttgart 21«. Diejenigen Bürgerinnen und Bürger der Stadt, die dem Gigantismus der Planer und der Explosion der Kosten nicht mehr zusehen wollen, nicht zuletzt aus Sorge um »kommende Generationen« – sie sind es, die von unserer Kanzlerin des Egoismus beschuldigt werden.

Warum tut sie das? Das sollte man sich in aller Ruhe fragen. Über Angela Merkel lässt sich vieles sagen, aber nicht, dass sie einfach mal so Andersdenkende beleidigt. Die Attacke muss ihren Grund haben, und den hat sie. In der Debatte über Demokratie und die Proteste engagierter Bürger findet sich immer wieder der gleiche Gegensatz: jener zwischen Vernunft und Emotion, zwischen Rationalität und Irrationalität.

Auf der einen Seite, so suggerieren es die Befürworter von Bauprojekten und Großtechnologien, steht das Rationale, und zwar sowohl im Verfahren als auch im Ergebnis. In Prozessen, die allgemeingültigen und demokratisch erstellten Regeln folgten, haben die Regierenden, die parlamentarischen Repräsentanten des Volkes und am Ende die dritte Gewalt, die Justiz, entschieden. In den Ergebnissen liegt deshalb das höchste erreichbare Maß an Zukunftstauglichkeit und Vernunft.

Zugegeben: In dieser Denkweise steckt etwas vom großen Versprechen der Demokratie. In geregelten Verfahren tauschen die Repräsentanten des Volkes, gewählt und ernannt nach wiederum geregelten Verfahren, alle denkbaren Meinungen aus. Keine Meinung, so das Ideal, muss draußen bleiben. Dafür sorgt, spätestens bei den nächsten Wahlen, das in Parteien und Interessengruppen organisierte Volk.

Wer glaubt, dass dieses System auch heute noch hervorragend funktioniert, dem kann es nur irrational erscheinen, wenn dasselbe Volk nach all den rationalen Prozeduren der Entscheidungsfindung noch auf die Straße geht und »Nein« ruft. Hätten die Demonstranten rationale Gründe, so diese Sicht, dann wären die ja bei all den Anhörungen, Einspruchsverfahren und Planfeststellungen längst berücksichtigt worden. Und deshalb, so die Projekt-Befürworter, steht auf der Gegenseite das Irrationale: die Angst, der Egoismus, das »Wohlstandsverwöhnte«, so der FDP-Politiker Ulrich Goll, oder der »gefährliche Weg in die Stimmungsdemokratie«, den der Christdemokrat Hermann Gröhe fürchtet. Recht kann nicht bekommen, wer im Verfahren kein Recht mehr hat.

Vielleicht hilft es, die Konflikte besser zu verstehen, wenn man Angela Merkel und ihren Mitstreitern erst einmal ehrenwerte Motive unterstellt (auch wenn dies schwer fällt im Angesicht einer Politik, die sich immer unverhohlener an mächtigen Wirtschaftsinteressen orientiert). Doch gerade dann wird umso deutlicher: Sie beschädigen, was sie zu verteidigen behaupten. Das Zeichen, das in der zunehmenden Zahl und Breite der Bürgerbewegungen liegt, vermögen sie nicht zu deuten. Sie sehen nicht, dass sich die Vielfalt der Gesellschaft in den Prozessen und Organisationsformen der repräsentativen Demokratie nur noch unvollständig wiederfindet. Die hergebrachten Organisationen in unserer Gesellschaft – Parteien, Verbände, Gewerkschaften – sind daran keineswegs allein »schuld«. Es war dem industriellen Zeitalter einigermaßen angemessen, wie sich in der Bundesrepublik die wichtigsten Interessen organisierten. Auch lange

nach dem Zweiten Weltkrieg ließ sich relativ leicht definieren, welche Partei in den zentralen Fragen – technischer Fortschritt, sozialer Ausgleich, innerer und äußerer Frieden – welche Position vertrat. So war es auch typisch, dass die ökologische Frage zuerst in einer Partei – den Grünen – ihre Organisationsform fand.

Heute, gut zwanzig Jahre nach dem Fallen der europäischen Grenzmauern, haben das nahende Ende der Industriegesellschaft und die rasante Globalisierung zu einer großen Unübersichtlichkeit geführt. Alte Bindungen – an die Familie, an den Wohnort, an den Arbeitgeber, an große Denk- und Glaubensgemeinschaften – verlieren im gleichen Maße an Bedeutung, in dem die alles beherrschenden Anforderungen von Arbeit und Ökonomie uns teils bis zur Unkenntlichkeit flexibilisiert haben.

Überforderte Parteien. Die Zeiten sind vorbei, in denen das programmatische, das ideologische Rüstzeug dieser oder jener Parteipräferenz zu jeder Frage eine Antwort zu geben schien. Nicht, dass es den Streit der großen Linien nicht mehr gäbe, es gibt ihn vor allem in sozialen Fragen, und zwar mit Recht. Aber gerade dort, wo es die konkrete Gestaltung des eigenen Lebensumfelds betrifft, können Parteiprogramme oft keine Antworten geben. Welchem Teil des Parteiprogramms soll ein Dresdner CDU-Abgeordneter Vorrang geben: einer neuen Brücke, um Wirtschaft und Verbrauchern eine reibungslose Infrastruktur zu garantieren, oder dem zutiefst konservativen Wunsch nach Erhaltung des historischen Stadtbildes oder der Natur? Wie soll ein Stuttgarter Sozialdemokrat entscheiden, wenn ihm einerseits Arbeitsplätze und Wohnungen in der neu »entwickelten« Stadtmitte versprochen werden und andererseits das Geld für Kindergärten im Tunnel zu versickern droht?

Für die repräsentative Demokratie bedeutet das: Ihre wichtigsten Institutionen, die Parlamente, sind immer weniger Orte des Streits um die Sache. Deren überforderte Mitglieder flüchten sich nur allzu oft in den Fraktionszwang. All das ist, wie gesagt, kein Wunder. Aber es erklärt zu einem guten Teil die gefährliche Entfremdung vieler Bürger von »ihrer« Demokratie.

Wenn die parlamentarische Demokratie ihre Glaubwürdigkeit erhalten – oder wiedergewinnen – will, dann braucht sie die Augen und Ohren der Menschen. Demokraten sollten sich freuen über jeden, der sich engagiert. Sicher: Vieles, was diese Bürgerinnen und Bürger zu sagen haben, passt diesem oder jenem nicht ins Konzept, aber am Ende zählt, jenseits übereinstimmender oder abweichender Überzeugungen, das Ergebnis. Zwei Beispiele:

Man kann Thilo Sarrazin und den riesigen Erfolg seines Buches »Deutschland schafft sich ab« mit guten Gründen für unerträglich halten. Schließlich gefällt er sich darin, reale Probleme zu einer pauschalen Herabwürdigung bestimmter ethnischer und/oder religiöser Gruppen zu missbrauchen. Aber auch die schärfsten Kritiker sind gut beraten, den Erfolg dieses Mannes als Seismografen zu sehen und das Thema ohne Diffamierungen anzugehen, statt es den Populisten zu überlassen.

Man kann das längere gemeinsame Lernen für ein zentrales Instrument zur Verbesserung sozialer Chancen und der Integration halten. Aber die Menschen, die in Hamburg um den Erhalt des Gymnasiums kämpften, sollte man so wenig als Egoisten verunglimpfen wie die Gegner von Stuttgart 21. Wer weiß: Könnte nicht der Hamburger Bürgerentscheid den Weg bahnen für eine Schule der Zukunft, die den Bedarf der Benachteiligten mit den Bedürfnissen der »Bürgerkinder« verbindet? Und: Könnte nicht der Protest der Stuttgarter zu neuen Ideen führen, die den Wunsch nach schnellen Bahnverbindungen mit einer Minimierung der finanziellen, städtebaulichen und ökologischen Risiken verbinden?

Eine utopische Vorstellung? Das ist nicht gesagt. Ein guter Anfang jedenfalls wäre gemacht, wenn Angela Merkel den Protestierenden – gerade denen, deren Richtung ihr nicht passt – etwas zubilligte, das sie für sich selbst in Anspruch nimmt: die Orientierung am Gemeinwohl. Die Bürger könnten ihr vielleicht helfen, diese Orientierung nicht zu verlieren, während sie noch das Monopol darauf beansprucht.